

Quelle: Bietigheimer Zeitung vom 04.06.2011

http://www.bietigheimerzeitung.de/bz1/news/suedwestumschau_artikel.php?artikel=5689945

STUTTGART, 04. JUNI 2011

Viel ungenutztes Potenzial

Grün-Rot will Windkraft stark ausbauen - Bürger-Anlagen im Staatsforst

Die Windkraft führt im Südwesten ein Schattendasein - völlig zu Unrecht, wie Experten betonen. Grün-Rot will den Ausbau nun mit 100 neuen Anlagen pro Jahr forcieren. Offen bleibt nur, ob die Bürger mitmachen.

Dass er eines Tages Seit an Seit mit Amtskollege Markus Söder (CSU) um die Zukunft der Windkraft kämpfen würde, hätte sich Franz Untersteller (Grüne) wohl kaum träumen lassen. Doch nun ist es soweit. "Wir werden uns gemeinsam mit den Bayern dafür einsetzen, dass die Länder im Süden im Energiekonzept der Bundesregierung nicht benachteiligt werden", sagte der neue baden-württembergische Umweltminister gestern der SÜDWEST PRESSE. In der jüngsten Umweltministerkonferenz sei der bayerisch-schwäbische Schulterschluss bereits geübt worden. Söder will sogar in einen "Südwettbewerb" einsteigen, wer es schafft, die Windkraft schneller auszubauen. So ändern sich die Zeiten.

Auch die Ziele von Grün-Rot sind ambitioniert: 10 Prozent des Stromverbrauchs im Land soll die Windkraft im Jahr 2020 decken. Derzeit sind es weniger als 1 Prozent (siehe Grafik). "Ein ehrgeiziges Ziel", sagt Untersteller - aber eines, das zu schaffen sei. "Pro Jahr 100 neue, moderne Anlagen" müssten dafür gebaut werden. Für den Südwesten wäre das eine Zeitenwende: 2010 wurden im Land gerade mal acht Anlagen gebaut. Der Weg ist noch weit. "Was wir brauchen, sind Standorte", sagt Untersteller. "Und wir müssen möglichst zügig in die Gänge kommen, das Landesplanungsgesetz zu modernisieren." Noch vor der Sommerpause soll ein Gesetzentwurf ins Parlament eingebracht werden. Investoren für Windparks stünden bereit, auch Experten halten die Pläne für umsetzbar. Die große Unbekannte ist, ob die Bevölkerung den Aufbruch akzeptiert.

Über viele Jahre wurde die Debatte im Land vom Schlagwort der "Verspargelung der Landschaft" beherrscht, das der damalige Ministerpräsident Erwin Teufel (CDU) prägte. Die Landesregierung tat alles, um die Windkraft an der Entfaltung zu hindern - und wusste auch weite Teile der Bevölkerung hinter sich. 2003 wurde die Suche nach geeigneten Standorten den Kommunen entzogen und den Regionalverbänden zugeschanzt, die sich in jahrelange bürokratische Verfahren verstrickten. Das planungsrechtliche Korsett ist so eng gezurrt wie fast nirgends in Deutschland. Anderswo werden lediglich (besonders geeignete) Vorrang- sowie (ungeeignete) Ausschlussgebiete festgelegt - in den übrigen Flächen, die in keine der beiden Kategorien fallen, wird von Fall zu Fall entschieden. Das nennt man "schwarz-weiß-grau-Regelung". Baden-Württemberg kennt aber nur "schwarz-weiß": Was nicht als Vorrangfläche erkoren wird, ist automatisch Ausschlussgebiet. Weil Landesbehörden

den Regionalverbänden eifrig Munition lieferten, um möglichst viele Standorte abzulehnen, blieb am Ende nicht viel übrig: Nur rund 0,5 Prozent der Landesfläche ist derzeit überhaupt für Windkraft vorgesehen - im gesamten Rest ist sie verboten. Diese Vorgehensweise hat dem Südwesten die rote Laterne in der Entwicklung der Windkraft eingebracht (siehe Grafik). Selbst deutlich kleinere Nachbarländer wie Rheinland-Pfalz sind längst enteilt.

Die beliebte Behauptung, im Südwesten wehe nicht genug Wind, gilt längst als widerlegt. "Es gibt genügend effiziente Standorte", sagt etwa Frank Musiol vom Stuttgarter Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoffforschung (ZSW). "Windkraft war politisch einfach nicht gewollt." Für die Energiewende und den Atomausstieg im Land ist auch laut Mario Ragwitz vom Karlsruher Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung der Ausbau der Windenergie zentral. "Hier liegt großes Potenzial, das sich sehr kurzfristig erschließen lässt", sagt er. Dabei hilft, dass es heute moderne Anlagen gibt, die deutlich größer und leistungsstärker sind - und auch speziell für windschwächere Binnenstandorte ausgelegt sind.

Darauf setzt auch Untersteller: "Alles, was wir bei uns im Süden machen, muss weniger an Übertragungsnetzen für Strom aus dem Norden ausgebaut werden." Nun sollen die Regionalverbände möglichst schnell neue Standorte ausweisen. Grün-Rot hat zudem eine Arbeitsgruppe aus drei Ministerien gegründet, die "Sofortmaßnahmen" erarbeiten soll. Ein neues Landesplanungsgesetz, das die "schwarz-weiß-Regelung" kippt, ist in Arbeit.

Doch wird der Windkraft-Aufbruch von der Bevölkerung akzeptiert? "Ich habe schon den Eindruck, dass nach Fukushima bei allen das Bewusstsein gewachsen ist, dass wir umdenken müssen, um die Energiewende zu schaffen", sagt Untersteller. In vielen Kommunen sieht er große Bereitschaft. Schließlich brächten Windräder auch Steuereinnahmen und Wertschöpfung. Auch das Land will einen Teil beitragen: So sollen Flächen im Staatsforst als Windkraft-Standorte angeboten werden. "Man könnte sich vorstellen, landeseigene Flächen insbesondere für Bürger-Windräder zur Verfügung zu stellen, an denen sich jeder beteiligen kann", sagt Untersteller. Wenn der Schwabe von der Energiewende profitieren kann, so das Kalkül, wird er eher nicht zum "Wutbürger" werden.

Redaktion: ROLAND MÜLLER